

**No. 34931**

---

**Germany  
and  
Kazakhstan**

**Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kazakhstan concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol and exchange of letters). Bonn, 22 September 1992**

**Entry into force:** *10 May 1995 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 14*

**Authentic texts:** *German, Kazakh and Russian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 20 July 1998*

---

**Allemagne  
et  
Kazakhstan**

**Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Kazakhstan relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements (avec protocole et échange de lettres). Bonn, 22 septembre 1992**

**Entrée en vigueur :** *10 mai 1995 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 14*

**Textes authentiques :** *allemand, kazakh et russe*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 20 juillet 1998*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Republik Kasachstan**  
**die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Kasachstan –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
  - e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Republik Kasachstan:

natürliche Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften Staatsangehörige der Republik Kasachstan sind;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Kasachstan:

jede juristische Person, Gesellschaft, Firma, Unternehmen und andere Organisation mit Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Kasachstan.

#### Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in Ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

#### Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in Ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

#### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung einer Enteignung einschließlic Verstaatlicung oder anderer

Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Tag entsprechen, an dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, einschließlich Verstaatlichung oder anderer vergleichbarer Maßnahmen öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Tag der Zahlung mit dem üblichen benkmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens am Tage der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds am Tage der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Mit Rücksicht auf Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten kann das in Artikel 10 Absätze 2 bis 5 dieses Vertrags vorgesehene Schiedsgericht hinsichtlich einer Streitigkeit nicht angerufen werden, solange zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das in Artikel 10 Absätze 2 bis 5 dieses Vertrags vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

#### Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

#### Artikel 13

Zu diesem Vertrag bestehen ein Protokoll und ein Notenwechsel, die untrennbare Bestandteile desselben sind.

#### Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Alma Ata ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 22. September 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kasachischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Dr. Dieter Kastrup  
Dr. Dieter von Würzen

Für die Republik Kasachstan

Oleg Soskowez

## **Protokoll**

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als untrennbare Bestandteile des Vertrags gelten:

### **(1) Zu Artikel 1**

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

### **(2) Zu Artikel 2**

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

### **(3) Zu Artikel 3**

- a) Die Republik Kasachstan behält sich das Recht vor, begrenzte Ausnahmen von der Inländerbehandlung in den nachstehend aufgeführten Bereichen vorzunehmen oder aufrechtzuerhalten:
  - Besitz von Grund und Boden, Bodenschätzen, Wasserressourcen, Fauna und Flora und anderen Naturre Ressourcen;
  - Eigentumserwerb an unbeweglichen Vermögenswerten (in der Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft);
  - Besitz von Fernseh- und Rundfunkstationen;
  - Lufttransport;
  - Börsengeschäfte mit staatlichen Wertpapieren der Republik Kasachstan.
- b) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und



Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

#### **(4) Zu Artikel 4**

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch Maßnahmen einer der Vertragsparteien in die Rechte des Unternehmens, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

#### **(5) Zu Artikel 5**

Freier Transfer im Sinne des Artikels 5 umfaßt:

- a) Umtausch der in Landeswährung anfallenden Beträge im Sinne von Artikel 5 in konvertierbare Währung und die anschließende Ausfuhr dieser Beträge in konvertierbarer Währung;
- b) Ausfuhr von in Devisen erwirtschafteten Geldbeträgen.

#### **(6) Zu Artikel 7**

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

#### **(7)**

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, ordnungsgemäß Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

**(8)**

**Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan außer Kraft.**

**Geschehen zu Bonn am 22. September 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kasachischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.**

**Für die Bundesrepublik Deutschland**

**Dr. Dieter Kastrup  
Dr. Dieter von Würzen**

**Für die Republik Kasachstan**

**Oleg Soskovez**

**Der 1. Stellvertretende Ministerpräsident  
der Republik Kasachstan**

**Bonn, den 22. September 1992**

**Exzellenz,**

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Kasachstan und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Gemäß Artikel 29 des Gesetzes der Republik Kasachstan zur Besteuerung von Unternehmen, Vereinigungen und Organisationen unterliegen Erträge ausländischer Investoren, die bei der Verteilung des Gewinns von Gemeinschaftsunternehmen anfallen, bei ihrem Transfer ins Ausland einer Besteuerung in Höhe von 15 vom Hundert, sofern nicht ein internationaler Vertrag der Republik Kasachstan etwas anderes vorsieht.

Die Regierung der Republik Kasachstan bekräftigt ihre Absicht, diese Steuer bei Verhandlungen über den Abschluß eines zweiseitigen Abkommens zwischen der Republik Kasachstan und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zur Disposition zu stellen.

**Seiner Exzellenz  
dem Bundesminister des Auswärtigen  
Herrn Dr. Klaus Kinkel**

**Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amtes  
422-413.35 KAS**

**Bonn, den 22. September 1992**

**Exzellenz,**

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 22. September 1992 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Gemäß Artikel 29 des Gesetzes der Republik Kasachstan zur Besteuerung von Unternehmen, Vereinigungen und Organisationen unterliegen Erträge ausländischer Investoren, die bei der Verteilung des Gewinns von Gemeinschaftsunternehmen anfallen, bei ihrem Transfer ins Ausland einer Besteuerung in Höhe von 15 vom Hundert, sofern nicht ein internationaler Vertrag der Republik Kasachstan etwas anderes vorsieht.

Die Regierung der Republik Kasachstan bekräftigt ihre Absicht, diese Steuer bei Verhandlungen über den Abschluß eines zweiseitigen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zur Disposition zu stellen.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

**Seiner Exzellenz  
dem 1. Stellvertretenden Ministerpräsidenten  
der Republik Kasachstan  
Herrn Oleg Soskowez**

[ KAZAKH TEXT — TEXTE KAZAKH ]

Германия Федеративтік Республикасы  
мен Қазақстан Республикасы арасында  
күрделі қаржыны салуды ынталандыру  
және өзара қорғау туралы

Ш А Р Т

Германия Федеративтік Республикасы мен Қазақстан Республикасы,

екі мемлекет арасындағы экономикалық ынтымақтастықты тереңдетуге ниет білдіріп,

бір мемлекеттің азаматтары мен компанияларының екінші мемлекеттің аумағында күрделі қаржы салуын жүзеге асыру үшін қолайлы жағдайлар туғызуға ұмтылып,

осы күрделі қаржы салуды ынталандыру және шарт арқылы қорғау жекешелік экономикалық инициативаны жандандырып, екі халықтың да әл-ауқатын молайта алатынын сезіне отырып,

мыналар жайында уағдаласты:

I – БАП

Осы Шарттың мақсаттары үшін:

I. "күрделі қаржы" термині мүліктік игіліктердің барлық түрін атап айтқанда:

а/ қозғалатын және қозғалмайтын заттар түріндегі меншікті, сондай-ақ ипотекалық хұқ пен кепілдік хұқ сияқты басқа да мүліктік хұқты;

ә/ компанияларға үлес қосып қатысуды және басқа қатысу нысандары хұқын;

б/ экономикалық игіліктерді жасау немесе экономикалық игіліктері болатын қызметтер көрсету үшін жұмсалатын ақшалай қаржы жөніндегі талаптар хұқын;

в/ атап айтқанда авторлық хұқық, патент, пайдалы кескіндемелер, өнеркәсіптік үлгілер мен нұсқалар, тауар таңбалары, фирмалық атаулар, өндірістік және коммерциялық құпиялар, технология, "ноу-хау" және "гудвил" сияқты интеллектуалдық меншік хұқтарын;

г/ табиғи ресурстарды барлау мен өндіру концессияларын оның ішінде концессияларды қамтиды;

мүліктік игіліктерді салу түрінің өзгеруі олардың күрделі қаржы ретіндегі қасиетіне әсер етпейді;

2. "табыс" термині пайда үлесі, дивиденттер проценттер, лицензиялық немесе басқа да сыйақылар сияқты белгілі бір кезеңде күрделі қаржы салудан алынған соманы білдіреді;

3. "азаматтар" термині:

а/ Германия Федеративтік Республикасына қатысты болғанда:

Германия Федеративтік Республикасының Негізгі Заңына сәйкес немістерді;

ә/ Қазақстан Республикасына қатысты болғанда:

Заңға сәйкес Қазақстан Республикасының азаматтары болып табылатын нақты адамдарды білдіреді.

4. "Компания" термині:

а/ Германия Федеративтік Республикасына қатысты болғанда:

қызметі пайда алуға немесе алмауға бағытталғанына қарамастан Германия Федеративтік Республикасының аумағында орналасқан, заңды жақ хұқы бар немесе жоқ кез келген заңды жақты немесе сауда қоғамын, өзге де компанияларды немесе бірлестіктерді;

ә/ Қазақстан Республикасына қатысты болғанда:

мекен-жайы Қазақстан Республикасының аумағында орналасқан кез келген заңды жақты, компанияны, фирманы, кәсіпорынды және басқа ұйымдарды білдіреді.

қарай екінші Уағдаласушы Тарап азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржы салуына жәрдемдеседі және бұл күрделі қаржыны салуға өз заңдарына сәйкес рұқсат етеді. Ол әрбір жағдайда күрделі қаржыны барынша әділдікпен жұмсайды.

/2/ Уағдаласушы Тараптардың ешқайсысы өзінің аумағында өз бетінше немесе кемсітушілік шараларын қолдану есебінен екінші Уағдаласушы Тарап азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржы салуды басқаруына және иеленуіне, сондай-ақ оны қолдануы мен пайдалануына ешқандай қысым жасамайды.

### 3 – БАП

/1/ Уағдаласушы Тараптардың әрқайсысы өзінің аумағындағы екінші Уағдаласушы Тарап азаматтарының немесе компанияларының меншігіндегі немесе ықпалындағы күрделі қаржы жөнінде өз азаматтарының немесе компанияларының, немесе үшінші мемлекет азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржысына жасалатыннан кем болмайтын қолайлы режимді қамтамасыз етеді.

/2/ Уағдаласушы Тараптардың әрқайсысы өзінің аумағында екінші Уағдаласушы Тарап азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржы салуға байланысты қызметі жөнінде өз азаматтарына немесе компанияларына, немесе үшінші мемлекеттің азаматтарына немесе компанияларына жасалатыннан кем болмайтын режимді қамтамасыз етеді.

/3/ Бұл режим Уағдаласушы Тараптың біреуі үшінші мемлекеттің азаматтарына немесе компанияларына олардың кедендік немесе экономикалық одаққа, жалпы рынокқа немесе еркін сауда аймағына қатысуына байланысты, немесе олармен қуымдастығына байланысты берілетін жеңілдіктеріне немесе артықшылықтарына қолданылмайды.

/4/ Осы Бапқа сәйкес берілетін режим Уағдаласушы Тараптың біреуі қос салық салуды болдырмау туралы келісім немесе салық мәселесі бойынша басқа да Уағдаластық негізінде үшінші мемлекеттің азаматтарына немесе компанияларына беретін жеңілдіктерге қолданылмайды.

4 - БАП

/1/ Уағдаласушы Тараптың біреуі азаматтарының немесе компанияларының екінші Уағдаласушы Тарап аумағындағы күрделі қаржысы толық қорғалады және хауіпсіздікте болады.

/2/ Уағдаласушы Тараптың біреуі азаматтарының немесе компанияларының екінші Уағдаласушы Тараптың аумағындағы күрделі қаржысын еріксіз алып қою шаралары, оның ішінде ұлт иелігіне алу немесе өзінің зардаптары жөнінен соған ұқсас басқа да шаралар тек қоғамдық мүдде үшін және өтем төлеп қолданылуы мүмкін. Өтем жасау еріксіз алып қою шараларының немесе зардаптары жөнінен соған ұқсас басқа да шаралардың нақты жүзеге асырылғаны немесе алдағы уақытта болатыны туралы ресми түрде тікелей белгілі болған күні анықталып алынып қойылған күрделі қаржының құнына сәйкес болуға тиіс. Өтем кідіріссіз төленуі керек және ол төленетін күнге дейін өтем сомасына қолданылып жүрген проценттік ставкаға сәйкес банк проценті есептеледі; ол іс жүзінде пайдаланылатын және еркін аударылатын болуға тиіс. Еріксіз алып қою, ұлт иелігіне алу немесе өзінің сипаты жөнінен соған ұқсас шаралар жүзеге асырылған күннен кешіктірмей өтем жасау сомасын және төлеу тәртібін анықтау жөніндегі тиісті профилактика шаралары қолданылуы керек. Еріксіз алып қоюдың, ұлт иелігіне алудың немесе өзінің сипаты жөнінен соған ұқсас шаралардың, сондай-ақ өтем мөлшерінің заңдылығын сотта қарау мүмкіндіктері көздәлуі қажет.

/3/ Соғыстың немесе өзге де қарулы қақтығыстардың, төңкерістің, төтенше жағдайдың немесе бүліктің салдарынан екінші Уағдаласушы Тараптың аумағында күрделі қаржысы зиян келтірілген Уағдаласушы Тараптың бірінің азаматтарына немесе компанияларына осы Уағдаласушы Тарап өз азаматтарына немесе компанияларына шығынды, бас тарту сомасын төлеу, өтем жасау немесе басқа да сыйақы төлеу жөніндегіден кем болмайтын режим береді. Бұл сома еркін аударылатын болуға тиіс.

/4/ Уағдаласушы Тараптың бірінің азаматтары немесе компаниялары екінші Уағдаласушы Тараптың аумағында осы баппен реттелген мәселелер жөнінде неғұрлым қолайлы жағдай режимімен пайдаланады.

5 - БАП

Уағдаласушы Тараптың әрқайсысы екінші Уағдаласушы Тараптың азаматтарына немесе компанияларына күрделі қаржы салуға байланысты төлемдердің, атап айтқанда:

а/ күрделі қаржы мөлшерін қолдауға немесе арттыруға арналған капитал мен қосымша соманың;

ә/ табыстардың;

б/ заемдарды өтеуге төленетін соманың;

в/ күрделі қаржыны толық немесе ішінара таратуға немесе сатуға байланысты пайда болатын түсімдердің;

г/ осы Шарттың 4-бабында көзделген өтемдердің еркін аударылуына кепілдік береді.

6 - БАП

Егер Уағдаласушы Тараптың біреуі екінші Уағдаласушы Тараптың аумағындағы күрделі қаржыға кепілдік негізінде өз азаматтарына немесе компанияларына соманың төленуін жүзеге асыратын болса, онда осы екінші Уағдаласушы Тарап бірінші Уағдаласушы Тараптың бұл Шарттың 10-бабынан туындайтын хұқтарына қысым жасамай, заңның немесе шарттың күшіне сәйкес бірінші Уағдаласушы Тарапқа осы азаматтардың немесе компаниялардың барлық хұқтары мен талаптары берілуін мойындайды. Оның үстіне екінші Уағдаласушы Тарап бірінші Уағдаласушы Тараптың бұл хұқтарды немесе талаптарды /берілген талап ету хұқтарын/ хұқ жөнінде өзінің ізашарындай көлемде жүзеге асыруға кірісуін мойындайды. Берілген талап ету хұқы негізінде жүзеге асырылатын аударым жөнінде соы Шарттың 4 бабының тиісінше 2 және 3-тармақтары, сондай-ақ 5-бабы қолданылады.

7 - БАП

/I/ 4-баптың 2 және 3 тармақтарында, сондай-ақ 5 немесе 6 баптарда көрсетілген төлем аударымы күніне дейін қолданылып келген курс бойынша кідіріссіз жүзеге асырылады.



/2/ Бұл курс Халықаралық валюта қоры тиісті валюталарды төлемдердің жүзеге асырылатын күніне қарызға алудың арнаулы хұқына қайта есептеудің негізіне алатындай есеп айырысу курстарынан туындайтын біріктірілген курсқа / сәйкес болуға тиіс.

#### 8 - БАП

/I/ Егер Уағдаласушы Тараптың біреуінің заңдарынан немесе осы Шартпен қатар Уағдаласушы Тараптар арасындағы қазіргі халықаралық-хұқылық келісімдерден немесе олар келешекте жасалатындардан ортақ немесе арнаулы қағида туындайтын болса, соған сәйкес екінші Уағдаласушы Тараптың азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржысы осы Шарттағыдан гөрі неғұрлым қолайлы режиммен пайдаланатын болса, онда мұндай қағиданың осы Шарттың неғұрлым қолайлы болуға қатысты белігінің алдында артықшылығы болады.

/2/ Уағдаласушы Тараптардың әрқайсысы өз аумағындағы екінші Уағдаласушы Тараптың азаматтарының немесе компанияларының күрделі қаржысы жөнінде өзіне қабылдаған кез келген міндеттемесін сақтайды.

#### 9 - БАП

Осы Шарт Уағдаласушы Тараптың біреуінің азаматтары немесе компаниялары екінші Уағдаласушы Тараптың заңдарына сәйкес оның аумағында бұл Шарт күшіне енгенге дейін жүзеге асырылған күрделі қаржы жөнінде де қолданылады.

#### 10 - БАП

1. Осы Шартты түсіндіру немесе қолдану туралы Уағдаласушы Тараптардың екеуі арасындағы дауларды мүмкіндігінше Уағдаласушы Тараптардың мемлекеттері шешетін болады.

2. Егер дау бұл жолмен реттелмейтін болса, онда Уағдаласушы Тараптың біреуінің талап етуі бойынша тәрелік шарттың шешуіне беріледі.

3. Төрелік сот әрбір нақты жағдайға арналып құрылады, әрі Уағдаласушы Тараптың әрқайсысы төрелік соттың бір мүшесін тағайындайды, ал төрелік соттың екі мүшесі үшінші мемлекет азаматының кандидатурасы туралы бірлесіп уағдаласады. Оны Уағдаласушы Тараптардың үкіметтері төрелік соттың төрағасы ретінде тағайындайды. Төрелік соттың мүшелері Уағдаласушы Тараптың біреуі дауды төрелік соттың шешуіне беру ниетін екінші Уағдаласушы Тарапқа хабарлаған кезден бастап екі айдың ішінде, ал төрелік соттың төрағасы үш ай ішінде тағайындалуға тиіс.

4. Егер осы баптың 3-тармағында көрсетілген мерзім сақталмаса, онда өзгеше уағдаластық болмаған кезде Уағдаласушы Тараптың әрқайсысы қажетті тағайындауды жүзеге асыру туралы БҰҰ халықаралық сотының төрағасына өтініш жасай алады. Егер төраға Уағдаласушы Тараптардың бірінің азаматы болса немесе тағайындауды жүзеге асыруына басқа себеп бөгет жасаса, оны орынбасары тағайындайды. Егер төрағаның орынбасары Уағдаласушы Тараптардың бірінің азаматы болған жағдайда немесе ол әрекет ету мүмкіндігінен айырылса, онда тағайындауды Уағдаласушы Тараптардың біреуінің азаматы болып табылмайтын, Халық аралық соттың шені жөнінен келесі мүшесі жүзеге асырады.

5. Төрелік сот өз шешімін көпшілік дауыспен шығарады. Бұл шешімнің міндетті күші болады. Уағдаласушы Тараптың әрқайсысы өзі тағайындаған төрелік сот мүшесінің қызметіне байланысты, сондай-ақ төрелік процестегі өз өкілдігі жөніндегі шығындарды; төрелік сот төрағасының қызметіне байланысты шығындарды мойнына алады, ал басқа шығындарды да Уағдаласушы Тараптар тең үлеспен өтейді. Төрелік сот шығындарды көтеру туралы мәселені басқаша реттеу туралы уағдаласуы мүмкін. Қалған басқа мәселелер бойынша төрелік сот өзінің жұмыс тәртібін дербес анықтайды.

6. Мемлекеттердің немесе басқа мемлекеттердің азаматтары арасындағы күрделі қаржыға қатысты дауларды реттеу туралы 1965 жылғы 18 наурыздағы Конвенцияның 27-бабының 1-тармағын ескере отырып, Уағдаласушы Тараптың біреуінің азаматы мен компаниясының және екінші Уағдаласушы Тараптың арасында

Конвенцияның 25-бабына сәйкес келісімге қол жеткенше, осы Шарттың 10-бабының 2-5 тармақтарында атап өтілген төрелік сотқа өтініш жасау мүмкін емес. Мұның өзі аталған Конвенцияға /27-бап/ сәйкес әрекет ететін төрелік сот шешімі сақталмаған жағдайда немесе заңға немесе осы Шарттың 6-бабына орай шарт негізінде хұқты берген жағдайда бұл Шарттың 10-бабының 2-5 тармақтарында көрсетілген төрелік сотқа жүгіну мүмкіндігін қозғамайды.

## II - БАП

1. Уағдаласушы Тараптың біреуінің және екінші Уағдаласушы Тараптың азаматтарының немесе компаниясының арасындағы күрделі қаржы жөніндегі даулар мүмкіндігінше достық айтыс жолымен реттелуге тиіс.

2. Егер осындай жолмен дауласушы тараптардың бірінің ол туралы арыз берген кезінен бастап дау алты айдың ішінде реттелмесе, екінші Уағдаласушы Тарап азаматының немесе компаниясының талап етуімен ол төрелік соттың шешуіне беріледі. Егер тараптар дауласуда басқа процедура жөнінде келіспесе, онда дау мемлекеттер мен басқа мемлекеттердің азаматтары арасындағы күрделі қаржыға қатысты дауларды реттеу туралы 1965 жылғы 18 наурыздағы Конвенцияға сәйкес төрелік сотта қаралады.

3. Төрелік сот шешімінің міндетті күші бар және аталған Конвенцияда көзделгеннен басқа жағдайларда шағымдануға жатпайды. Шешім ұлттық заңдарға сәйкес орындалады.

4. Төрелік талқылау немесе төрелік соттың шешімін орындау кезінде дауға қатысушы Уағдаласушы Тарап дәлел ретінде екінші Уағдаласушы Тараптың азаматы немесе компаниясы теккен зияны үшін сақтандыру негізінде ішінара немесе толық өтем алғанын ұсына алмайды.

## 12 - БАП

Осы Шарт Уағдаласушы Тараптардың екеуінің арасында дипломатиялық немесе консулдық қатынастардың бар-жоғына қарамастан қолданылады.

### ІЗ - БАП

Осы Шарттың ажырамас бөлігі болып табылатын Хаттамасы және алмастыру нотасы бар.

### І4 - БАП

1. Осы Шарт бекітуге жатады; бекіту грамоталарын алмасу мүмкіндігінше қысқа мерзімде " " жүзеге асырылады.

2. Осы Шарт бекіту грамоталарын алмасқаннан кейін бір ай ішінде күшіне енеді. Ол 10 жыл бойы қолданылады. Егер Уағдаласушы Тараптардың бірде біреуі қолданылу мерзімі өтерден он екі ай бұрын осы Шартты бұзу туралы жазбаша түрде мәлімдеме жасамаса, ол шексіз мерзімге дейін ұзартыла береді. Он екі айлық бұзу мерзімін сақтаған жағдайда он жыл өткеннен кейін осы Шарттың күші кез келген уақытта жойылуы мүмкін.

3. Осы Шарттың қолданылуы тоқтатылған кезге дейін жүзеге асырылған күрделі қаржы жөнінде І-І2-баптардың қағидалары Шарттың қолданылуы тоқтатылған күннен бастап, жиырма жыл бойы күшінде қала береді.

1992 жылғы 22 қыркүйекте тупнұсқалы екі дана етіп әрқайсысы неміс, қазақ және орыс тілдерінде жасалған, әрі барлық текстің де күші бірдей. Қазақ және неміс тіліндегі текстерін түсіндіруге алшақтық болған жағдайда орыс тіліндегі текске басымдық беріледі.

Германия Федеративтік  
Республикасы үшін

Қазақстан Республикасы  
үшін

Ulf  
Müller



### ХАТТАМА

Германия Федеративтік Республикасы мен Қазақстан Республикасының арасындағы күрделі қаржы салуды ынталандыру және өзара қорғау туралы Шартқа қол қою кезінде төменде қолдарын қойған өкілетті адамдар Шарттың ажырамас құрамдас бөлігі болып табылатын мынадай қағидалар жайында да уағдаласты.

#### /1/ I-балқа

а/ Күрделі қаржы салудан түскен табыстар және оны қайта салған жағдайда, одан түскен табыстар күрделі қаржы салумен тең дәрежеде қорғалады.

б/ Азаматтықты анықтаудың басқа процедураларына қысым жасамай-ақ Уағдаласушы Тараптың біреуінің азаматы делініп, атап айтқанда, тиісті Уағдаласушы Тараптың құзырлы органдары берген ұлттық төлқұжаты бар кез келген адам саналады.

#### /2/ 2-балқа

а/ Уағдаласушы Тараптардың біреуінің заңдарына сәйкес екінші Уағдаласушы Тараптың азаматтары немесе компаниялары оның хұқылық тәртіптерінің ықпал ету аясында жүзеге асырылатын күрделі қаржы салу осы Келісімнің толық қорғауына ие болады.

б/ Осы Шарт тиісті Уағдаласушы Тарапқа бұл аймақтар жөніндегі егеменді хұқықтарын немесе өкілеттіктерін орындауға Халықаралық хұқықтың қаңшалықты мүмкіндік беретіндігіне қарай айрықша экономикалық аймақ аумағында және континенталдық шельфте де қолданылады.

#### /3/ 3-балқа

а/ Қазақстан Республикасы мына төменде көрсетілген залаларда немесе мәселелерде:

- жерге, оның қойнауына, су ресурстарына, өсімдіктер мен жануарлар дүниесі, басқа да табиғат ресурстарына иелік етуде;

- қозғалмайтын мүліктерді өз меншігіне сатып алуда /нарықтық экономикаға көшу кезеңінде/;
- теледидар және радио хабарларын тарату стансаларына иелік етуде;
- әуе көлігінде;
- Қазақстан Республикасының мемлекеттік бағалы қағаздарымен жасалатын биржалық операцияларды ұлттық режимнен шектеулі санаттағы ауытқуларды белгілеу немесе сақтау хұқын өзіне қалдырады.

б/ Осы Шарттың 3-бабының 2-тармағына қатысты "қызмет" ретінде, атап айтқанда, бірақ айрықша емес, күрделі қаржы салуды басқару мен оған иелік етуді, сондай-ақ оны қолданумен пайдалануды қарастырған жөн. Осы Шарттың 3-бабы мағынасында "қолайсыздау" режим ретінде, атап айтқанда, мыналарды қарастыру керек: шикізат пен қосалқы материалдарды, энергия мен отынды, сондай-ақ өндіріс құрал-жабдықтарының барлық түрлері мен айналым құрал-жабдығын сатып алуға шектеу қою, өнімді ел ішінде және шетелдерге өткізуге кедергі жасау, сондай-ақ осындай салдарлары бар басқа да шаралар. Қоғамдық қауіпсіздік пен қоғамдық тәртіп, халықтың денсаулығын немесе адамгершілік қасиеттерін қорғау мүдделері үшін қолданылатын шаралар осы Шарттың 3-бабының мағынасындағы "қолайсыздау" режим болып саналмайды.

в/ Осы Шарттың 3-бабының қағидалары Уағдаласушы Тарапты тек өз аймағында тұратын нақты адамдар мен компанияларға, салық заңдарына сәйкес берілетін салық жеңілдіктерін, босатуды және шегерімдерді екінші Уағдаласушы Тараптың аумағында тұратын нақты адамдар мен компанияларға қолдануға міндеттемейді.

г/ Ұлттық заңдар шеңберінде Уағдаласушы Тараптар күрделі қаржы салуға байланысты екінші Уағдаласушы Тараптың аумағына баруды ниет еткен Уағдаласушы Тараптың біреуінің аяқталуының ол елге келуі және сонда болу жөніндегі өтінішіне икласпен қарайтын болады; бұл қағида күрделі қаржы салуға байланысты Уағдаласушы Тараптың біреуінің екінші Уағдаласушы Тараптың аумағына көліп, сол елде еңбек қызметін орындау мақсатымен болуды ниет еткен еңбекшілеріне де қолданылады. Сондай-ақ, жұмыс істеуге рұқсат беру жөніндегі өтінімдер де икласпен қарайтын болады.

/4/ 4-бапқа

Егер Уағдаласушы Тараптардың бірі өзінің іс әрекетімен күрделі қаржы салу объектісі болып табылатын кәсіпорынның хұқына араласатын болса, және сол арқылы оған елеулі экономикалық зиян шектірген жағдайда да өтем жасалуын талап ету хұқы пайда болады.

/5/ 5-бапқа

5-бапқа сәйкес "Еркін аударым":

а/ 5-бапқа сәйкес ұлттық валютамен алған соманы еркін айналымдағы валютаға айырбастау және кейіннен бұл соманы елден еркін айналымдағы валютамен алып шығуды;

б/ Еркін айналымдағы валютамен алынған сомаларды елден алып шығуды қамтиды.

/6/ 7 -бапқа

Аударым осы Шарттың 7 бабының I-тармағы мағынасында, егер ол қалыпты жағдайда аударымды жүзеге асыруға қажетті мерзім шегінде орындалған ретте, "кешіктірілмей" орындалған болып саналады. Мерзім тиісті өтінім берілген күннен басталады және ешқандай жағдайда екі айдан аспауға тиіс.

/7/

Күрделі қаржы салуға байланысты жүктер мен адамдар тасымалданған кезде Уағдаласушы Тараптардың бірде-бірі екінші Уағдаласушы Тараптың көлік кәсіпорындарына көлік операцияларын жүзеге асыруға тыйым салмайды немесе кедергі келтірмейді, және қажет болған жағдайда, белгіленген тәртіп бойынша осы тасымалдауларды орындауға рұқсат беріп отырады. Бұған мынадай тасымал түрлері жатады:

а/ Осы Шарт мағынасындағы күрделі қаржыға тікелей арналған намаса осы Шарт мағынасындағы мүліктік игіліктер салынған кәсіпорын қаржысының есебінен немесе оның тапсыруы бойынша Уағдаласушы Тараптың біреуінің немесе үшінші мемлекеттің аумағынан сатып алынған жүк;



б/ Күрделі қаржы салуға байланысты іссапарда жүрген адамдар.

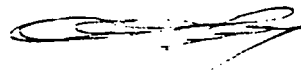
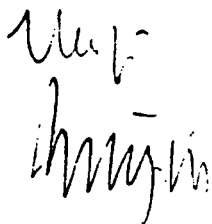
/8/

Германия Федеративтік Республикасы мен Қазақстан Республикасы арасында күрделі қаржы салуды ынталандыру және өзара қорғау туралы Шарт күшіне енген күннен бастап, Германия Федеративтік Республикасы мен Қазақстан Республикасы арасындағы қарым-қатынаста Германия Федеративтік Республикасы мен Кеңестік Социалистік Республикалар Одағының күрделі қаржыны салуды жүзеге асыруға көмектесу және оны өзара қорғау туралы 1989 жылғы ІЗ маусымдағы Шарт күшін жояды.

Хаттама түпнұсқалық екі даңа етіп әрқайсысы неміс, қазақ және орыс тілдерінде жасалған, әрі барлық текстің де күші бірдей. Неміс және қазақ тіліндегі текттерін түсіндіруде алшақтық болған жағдайда, орыс тіліндегі текске басымдық беріледі.

Германия Федеративтік Республикасы  
үшін

Қазақстан Республикасы  
үшін



[ RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE ]

**ДОГОВОР**  
**между Федеративной Республикой Германия**  
**и Республикой Казахстан**  
**о поощрении и взаимной защите капиталовложений**

Федеративная Республика Германия и Республика Казахстан,

желая углублять экономическое сотрудничество между двумя государствами,

стремясь создать благоприятные условия для осуществления капиталовложений граждан или компаний одного государства на территории другого государства,

сознавая, что поощрение и договорная защита этих капиталовложений могут оживить частную экономическую инициативу и приумножить благосостояние обоих народов,

договорились о нижеследующем:

**Статья 1**

Для целей настоящего Договора

1. термин "капиталовложения" охватывает все виды имущественных ценностей, а в частности

а) собственность в виде движимых и недвижимых предметов, а также другие имущественные права, такие как ипотечные права и права залога;

б) права на долевое участие и другие формы участия в компаниях;

с) право требования по денежным средствам, использованным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;

d) права интеллектуальной собственности, такие как, в частности, авторские права, патенты, полезные модели, промышленные образцы и модели, товарные знаки, фирменные наименования, производственные и коммерческие тайны, технология, "ноу-хау" и "гудвил";

e) концессии, включая концессии на разведку и добычу природных ресурсов;

изменение вида вложения имущественных ценностей не затрагивает их свойство как капиталовложение;

2. термин "доходы" означает суммы, получаемые от капиталовложения за определенный период, такие как доли прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или другие вознаграждения;

3. термин "граждане" обозначает

a) в отношении Федеративной Республики Германия:  
немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия,

b) в отношении Республики Казахстан:  
физические лица, являющиеся, в соответствии с законодательством, гражданами Республики Казахстан;

4. термин "компания" означает

a) в отношении Федеративной Республики Германия:  
любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правом юридического лица или без него, с местом нахождения на территории Федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет,

b) в отношении Республики Казахстан:  
любое юридическое лицо, компания, фирма, предприятие и другие организации с местом нахождения на территории Республики Казахстан.

## Статья 2

(1) Каждая из Договаривающихся Сторон по мере возможностей будет способствовать капиталовложениям граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством. Она в каждом случае будет обращаться с капиталовложениями со всей справедливостью.

(2) Ни одна из Договаривающихся Сторон на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями гражданами или компаниями другой Договаривающейся Стороны, а также их применение и использование.

## Статья 3

(1) Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны, режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных граждан или компаний, или капиталовложений граждан или компаний третьих государств.

(2) Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных граждан или компаний, или граждан или компаний третьих государств.

(3) Этот режим не распространяется на преимущества, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или компаниям третьих государств в связи с их участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке или зоне свободной торговли или в связи с их ассоциацией с ними.

(4) Режим, предоставляемый в соответствии с настоящей Статьей, не распространяется на льготы, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или компаниям третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

Статья 4

(1) Капиталовложения граждан или компаний одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются полной защитой и безопасностью.

(2) Капиталовложения граждан или компаний одной Договаривающейся Стороны могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, включая национализацию или другие меры, аналогичные им по своим последствиям, на территории другой Договаривающейся Стороны только в общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятых капиталовложений, определенной непосредственно перед днем, когда официально стало известно о фактически осуществленных или предстоящих мерах по принудительному изъятию, включая национализацию или другие меры с аналогичными последствиями. Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до дня ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно трансферируемой. Не позднее дня осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядку выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомерности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

(3) Гражданам или компаниям одной Договаривающейся Стороны, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другой Договаривающейся Стороны вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этой Договаривающейся Стороной режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсаций или прочих вознаграждений, чем для своих граждан или компаний. Эти суммы должны быть свободно трансферируемы.

(4) Граждане или компании одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей статьей.

– 5 –

#### Статья 5

Каждая из Договаривающихся Сторон гарантирует гражданам или компаниям другой Договаривающейся Стороны свободный трансферт платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- a) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- b) доходов;
- c) сумм, выплачиваемых в погашение займов;
- d) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения.
- e) компенсаций, предусмотренных в статье 4 настоящего Договора.

#### Статья 6

Если одна из Договаривающихся Сторон осуществляет выплату сумм своим гражданам или компаниям на основании гарантии капиталовложения на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, без ущерба для вытекающих из статьи 10 настоящего Договора прав первой Договаривающейся Стороны, будет признавать в силу закона или договора передачу первой Договаривающейся Стороне всех прав или требований этих граждан или компаний. Кроме того, другая Договаривающаяся Сторона признает вступление первой Договаривающейся Стороны во все эти права или требования (переданные права требования), которые первая Договаривающаяся Сторона вправе осуществлять в том же объеме, что и ее предшественник по праву. В отношении трансферта платежей, осуществляемых на основании переданных прав требования, действуют соответственно пункты 2 и 3 статьи 4, а также статья 5 настоящего Договора.

### Статья 7

(1) Трансферт платежей, указанный в пунктах 2 или 3 статьи 4, а также в статьях 5 или 6, будет осуществляться незамедлительно по курсу, действующему на дату трансферта.

(2) Этот курс должен соответствовать совмещенному курсу (cross rate), вытекающему из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования на дату осуществления платежей.

### Статья 8

(1) Если из законодательства одной Договаривающейся Стороны или международно-правовых обязательств, существующих между Договаривающимися Сторонами наряду с настоящим Договором или создаваемых ими в будущем, вытекают общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

(2) Каждая из Договаривающихся Сторон будет соблюдать любое другое обязательство, которое она приняла на себя в отношении капиталовложений граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны на своей территории.

### Статья 9

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены гражданами или компаниями одной Договаривающейся Стороны в соответствии с законодательством другой Договаривающейся Стороны на ее территории уже до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 10

(1) Споры между обеими Договаривающимися Сторонами о толковании или применении настоящего Договора, по возможности будут решаться правительствами двух Договаривающихся Сторон.

(2) Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одной из Договаривающихся Сторон он передается на решение арбитражного суда.

(3) Арбитражный суд создается для каждого конкретного случая, причем каждая Договаривающаяся Сторона назначает по одному члену арбитражного суда, и оба члена арбитражного суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обеих Договаривающихся Сторон в качестве председателя арбитражного суда. Члены арбитражного суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель арбитражного суда – в течение трех месяцев с момента, когда одна из Договаривающихся Сторон сообщит другой Договаривающейся Стороне о своем намерении передать спор на решение арбитражного суда.

(4) Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждая Договаривающаяся Сторона может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон, или он лишен возможности действовать, то назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одной из Договаривающихся Сторон.

(5) Арбитражный суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждая из Договаривающихся Сторон несет расходы, связанные с деятельностью назначенного ею члена арбитражного суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя арбитражного суда, а также прочие расходы Договаривающихся Сторон несут в равных долях. Арбитражный суд может договориться о другом урегулировании вопроса о несении расходов. По всем остальным вопросам арбитражный суд определяет порядок своей работы самостоятельно.



(6) С учетом положений пункта 1 статьи 27 Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., невозможно обратиться к арбитражному суду, указанному в пунктах 2–5 статьи 10 настоящего Договора в отношении спора, пока между гражданином или компанией одной Договаривающейся Стороны и другой Договаривающейся Стороной достигнута договоренность в соответствии со статьей 25 Конвенции. Этим не затрагивается возможность обратиться к указанному в пунктах 2–5 статьи 10 настоящего Договора арбитражному суду в случае несоблюдения решения арбитражного суда, действующего в соответствии с упомянутой Конвенцией (статья 27), или в случае передачи прав в силу закона или на основании договора согласно статье 6 настоящего Договора.

## Статья II

(1) Споры относительно капиталовложений между одной Договаривающейся Стороной и гражданином или компанией другой Договаривающейся Стороны по возможности должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

(2) Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию гражданина или компании другой Договаривающейся Стороны он передается на решение арбитражного суда. Если стороны в споре не договорятся об иной процедуре, то спор будет рассматриваться в арбитражном суде в соответствии с Конвенцией об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г.

(3) Решение арбитражного суда имеет обязательную силу и не подлежит обжалованию за исключением тех случаев, которые предусмотрены упомянутой Конвенцией. Решение приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

(4) Во время арбитражного разбирательства или исполнения решения арбитражного суда участвующая в споре Договаривающаяся Сторона не будет выдвигать в качестве аргумента то, что гражданин или компания другой Договаривающейся Стороны получили частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

#### Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обеими Договаривающимися Сторонами дипломатические или консульские отношения.

#### Статья 13

К настоящему Договору имеются Протокол и обменная нота, являющиеся его неотъемлемой составной частью.

#### Статья 14

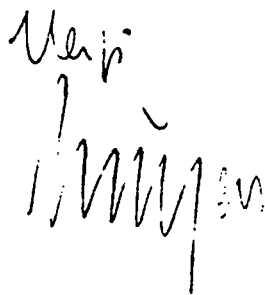
(1) Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в .....в возможно короткий срок.

(2) Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет действие настоящего Договора может быть прекращено в любое время при соблюдении срока денонсации в двенадцать месяцев.

(3) В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, положения статей 1–12 будут оставаться в силе в течение дальнейших двадцати лет со дня прекращения действия Договора.

Совершено в Бонне 22 сентября 1992 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, казахском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения расхождений в толковании немецкого и казахского текстов, предпочтение отдается тексту на русском языке.

За Федеративную Республику  
Германия



За Республику Казахстан



## ПРОТОКОЛ

При подписании Договора между Федеративной Республикой Германия и Республикой Казахстан о поощрении и взаимной защите капиталовложений нижеподписавшие уполномоченные лица также договорились о следующих положениях, являющихся неотъемлемой составной частью Договора.

### (1) К статье 1

- а) Доходы от капиталовложения и, в случае их повторного вложения, доходы от них, пользуются равной с капиталовложениями защитой.
- б) Без ущемления для других процедур определения гражданства, гражданном одной Договаривающейся Стороны, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный паспорт, выданный компетентными органами соответствующей Договаривающейся Стороны.

### (2) К статье 2

- а) Капиталовложения, осуществленные в соответствии с законодательством одной Договаривающейся Стороны в сфере действия ее правопорядка гражданами или компаниями другой Договаривающейся Стороны, пользуются полной защитой настоящего Договора.
- б) Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько международное право позволяет соответствующей Договаривающейся Стороне исполнение суверенных прав или полномочий в отношении этих территорий.

(3) К статье 3

а) Республика Казахстан оставляет за собой право устанавливать или сохранять исключения ограниченного характера из национального режима в нижеуказанных областях или вопросах:

- владение землей, ее недрами, водными ресурсами, растительным и животным миром, другими природными ресурсами;
- приобретение в собственность недвижимого имущества (на время переходного периода к рыночной экономике);
- владение теле- и радиовещательными станциями;
- воздушный транспорт;
- биржевые операции с государственными ценными бумагами Республики Казахстан.

б) В качестве "деятельности" в смысле пункта 2 статьи 3 настоящего Договора следует рассматривать, в частности, но не исключительно, управление и распоряжение капиталовложением, а также его применение и использование. В качестве "менее благоприятного" режима в смысле статьи 3 настоящего Договора следует, в частности, рассматривать: ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, препятствие сбыту продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественного порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются "менее благоприятным" режимом в смысле статьи 3 настоящего Договора.

с) Положения статьи 3 настоящего Договора не обязывают Договаривающуюся Сторону распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только физическим лицам и компаниям с местом жительства или нахождения на ее территории, на физические лица или компании с местом жительства или нахождения на территории другой Договаривающейся Стороны.

d) В рамках национального законодательства Договаривающиеся Стороны будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одной Договаривающейся Стороны, намеревающихся приехать на территорию другой Договаривающейся Стороны в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на трудящихся одной Договаривающейся Стороны, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другой Договаривающейся Стороны и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут также рассматриваться заявки на выдачу разрешения на работу.

(4) К статье 4

Право требования компенсации существует также и в том случае, если одна из Договаривающихся Сторон своими действиями вмешивается в права предприятия, являющегося объектом капиталовложения, и, тем самым, причиняет ему существенный экономический ущерб.

(5) К статье 5

Свободный трансферт в смысле статьи 5 охватывает:

a) Обмен сумм, полученных в национальной валюте согласно статьи 5, в свободно конвертируемую валюту, и последующий вывоз этих сумм в свободно конвертируемой валюте;

b) Вывоз сумм, полученных в свободно конвертируемой валюте.

**(6) К статье 7**

Трансферт считается выполненным "незамедлительно" в смысле пункта 1 статьи 7 настоящего Договора в том случае, если он выполняется в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления трансферта. Срок начинается с даты подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать два месяца.

(7) При перевозке груза и лиц в связи с капиталовложением ни одна из Договаривающихся Сторон не будет запрещать или препятствовать транспортным предприятиям другой Договаривающейся Стороны осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок в установленном порядке. К ним относятся перевозки

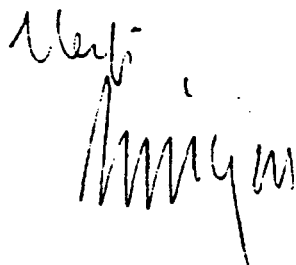
а) груза, предназначенного непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора, или приобретаемого на территории одной из Договаривающихся Сторон или третьего государства за счет средств, или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;

б) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

(8) Со дня вступления в силу Договора между Федеративной Республикой Германия и Республикой Казахстан о поощрении и взаимной защите капиталовложений, в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Республикой Казахстан утрачивает силу Договор Федеративной Республики Германия и Союза Советских Социалистических Республик о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений от 13 июня 1989 года.

Совершено в Бонне 22 сентября 1992 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, казахском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения расхождений в толковании немецкого и казахского текстов, предпочтение отдается тексту на русском языке.

За Федеративную Республику  
Германия



За Республику Казахстан





Первый заместитель  
Премьер-министра  
Республики Казахстан

22 сентября 1992 года

Уважаемый господин Министр!

По поводу подписания Договора между Республикой Казахстан и Федеративной Республикой Германия о поощрении и взаимной защите капиталовложений имею честь сообщить Вам следующее:

В соответствии со статьей 29 Закона Республики Казахстан "О налогах с предприятий, объединений и организаций" доходы иностранных инвесторов, образующиеся в результате распределения прибыли совместных предприятий, при переводе за границу подлежат налогообложению в размере 15 процентов, если иное не установлено международным договором Республики Казахстан.

Правительство Республики Казахстан подтверждает свое намерение пересмотреть этот налог в рамках переговоров о заключении двустороннего соглашения между Республикой Казахстан и Федеративной Республикой Германия об избежании двойного налогообложения.

Примите, господин Министр, заверения в моем высоком к Вам уважении.

Его Превосходительству  
Д-ру Клаусу Кинкелю  
Министру иностранных дел  
Федеративной Республики  
Германии

[ KAZAKH TEXT — TEXTE KAZAKH ]

Қазақстан Республикасы  
Премьер-министрінің  
Бірінші орынбасары

Бон. 1992 жылдың 22 қыркүйегі

**Министр Мырза.**

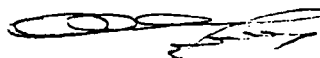
Қазақстан Республикасы мен Герман Федеративтік Республикасы арасында күрделі қаржы салуды ынталандыру мен өзара қорғау жөніндегі Шартқа қол қойылуына орай Сізге мына төмендегіні хабарлауды құзыр санаймын:

Қазақстан Республикасының "Кәсіпорындарға, бірлестіктер мен ұйымдарға салынатын салықтар туралы" Заңының 29-бабына сәйкес бірлескен кәсіпорындардың пайдасын бөлісу нәтижесінде пайда болатын шетелдік қатысушылардың табыстары шетелге аударған кезде егер Қазақстан Республикасының халықаралық шартымен басқадай тәртіп белгіленбеген болса, 15 процент мөлшерінде салық салынуға жатады.

Қазақстан Республикасының Үкіметі екі рет салық салуды болдырмау жөнінде Қазақстан Республикасы мен Герман Федеративтік Республикасы арасында екіжақты Шарт жасасу туралы келіссөз шеңберінде бұл салықты қайта қарау ниетін білдіреді.

Министр Мырза, менің Сізге деген зор құрметіме сендіруге рұқсат етініз.

Германия Федеративтік  
Республикасының аса мәртебелі  
Сыртқы істер министрі  
Д-р Клаус Кинкель мырзаға



Министр Мыраа І

Қазақстан Республикасы Үкіметінің 1992.....жылғы 22

*ҚСІРҚУӘКТЕ* мына төмендегідей мазмұндағы Нотасын алғандығымды білдіруді қуаыр санаймын:

"Қазақстан Республикасының "Кәсіпорындарға, бірлестіктер мен ұйымдарға салынатын салықтар туралы" Заңының 29-бабына сәйкес бірлескен кәсіпорындардың пайдасын бөлісу нәтижесінде пайда болатын шетелдік қатысушылардың табыстары шетелге аударған кезде егер Қазақстан Республикасының халықаралық шартымен басқадай тәртіп белгіленбеген болса, 15 процент мөлшерінде салық салынуға жатады.

Қазақстан Республикасының Үкіметі екі рет салық салуды болдырмау жөнінде Қазақстан Республикасы мен Герман Федеративтік Республикасы арасында екіжақты Шарт жасасу туралы келіссөз шеңберінде бұл салықты қайта қарау ниетін білдіреді."

Министр Мыраа, менің Сізге деген зор құрметіме сендіруге рұқсат етіңіз.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE  
REPUBLIC OF KAZAKHSTAN CONCERNING THE ENCOURAGE-  
MENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Kazakhstan,  
Desiring to intensify economic cooperation between both States,  
Striving to create favourable conditions for investments made by the nationals or com-  
panies of one State in the national territory of the other,

Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the  
basis of a treaty are likely to stimulate private economic initiative and increase the prosper-  
ity of both peoples,

Have agreed as follows:

*Article I*

*For the purposes of this Treaty:*

1. The term "investments" shall comprise all types of assets, in particular:
  - (a) Movable and immovable property, as well as other rights in rem such as mortgages, liens and pledges;
  - (b) Shares in companies and other forms of participation in companies;
  - (c) Claims to money used to create an article of economic value, or claims to services which have an economic value;
  - (d) Intellectual property rights, such as copyright, patents, utility models, industrial patterns and models, trademarks, trade names, business and trade secrets, technical processes, know-how and goodwill;
  - (e) Business concessions, including prospecting and mining concessions.Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classifica-  
tion as an investment.
2. The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment over a certain  
period, such as percentages of profits, dividends, interest, and licence or other fees.
3. The term "nationals" shall mean:
  - (a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the  
Basic Law of the Federal Republic of Germany;
  - (b) In respect of the Republic of Kazakhstan: natural persons who, according to law,  
are nationals of the Republic of Kazakhstan.
4. The term "companies" shall mean:
  - (a) In respect of the Federal Republic of Germany: any juridical person, commercial  
or other company or association, with or without legal personality, having its seat in the ter-

ritory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented;

(b) In respect of the Republic of Kazakhstan: any juridical person, company, firm, business or other organization having its seat in the territory of the Republic of Kazakhstan.

*Article 2*

(1) Each Contracting Party shall in its territory as far as possible promote investments made by nationals or companies of the other Contracting Party and shall permit these investments in accordance with its legislation. In every case it shall accord investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall prejudice in any way by means of arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments of nationals or companies of the other Contracting Party in its territory.

*Article 3*

(1) Each Contracting Party shall accord to investments in its territory, which are the property or under the influence of nationals or companies of the other Contracting Party, treatment that is no less favourable than that which it accords to investments of its own nationals and companies or investments of nationals or companies of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord to nationals or companies of the other Contracting Party, in respect of their activities in connection with investments in its territory, treatment that is no less favourable than that which it accords to its own nationals and companies or nationals and companies of third States.

(3) This treatment shall not apply to prerogatives which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States by virtue of their membership of or association with a customs or economic union, common market or free-trade area.

(4) The treatment accorded in pursuance of this article shall not apply to privileges which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States under a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

*Article 4*

(1) Investments by nationals or companies of a Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of a Contracting Party may not be subjected to expropriation, including nationalization, or other measures the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, save in the public interest and against compensation. Compensation must be equivalent to the value of the expropriated investment immediately preceding the day on which the actual or imminent expropriation, including nationalization or other comparable measures, became publicly known. Compensation must be paid promptly and shall bear interest at the usual bank rate until the day on which it is paid. It must be effectively realizable and freely

transferable. Appropriate provision shall be made for the assessment and payment of compensation no later than on the day on which the expropriation, nationalization or comparable measure occurs. The lawfulness of the expropriation, nationalization or similar measure and the amount of compensation shall be susceptible of review by due process of law.

(3) Nationals or companies of a Contracting Party whose investments in the territory of the other Contracting Party suffer losses owing to war or other armed conflicts, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded no less favourable treatment by the latter Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies with regard to restitution, settlements, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of a Contracting Party shall receive most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

#### *Article 5*

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts for maintaining or increasing the investment;
- (b) Of returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

#### *Article 6*

If a Contracting Party makes a payment to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, shall recognize the assignment of all rights and claims of these nationals or companies to the first Contracting Party by virtue of law or a contract. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the first Contracting Party to all those rights or claims (assigned claims), which the first Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. Article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments by virtue of the assigned claims.

#### *Article 7*

(1) Transfers under article 4, paragraphs 2 or 3, or articles 5 or 6 shall take place promptly at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

(2) This rate must be equivalent to the cross rate resulting from the rates of exchange which the International Monetary Fund would take as a basis for converting the currencies in question into special drawing rights on the day of the transfer.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty result in general or specific rules entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, these rules, to the extent that they are more favourable, shall prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall honour any other obligation it has accepted with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, in accordance with the legislation of the latter, before the entry into force of this Treaty.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, if possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall be submitted to an arbitral tribunal upon the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting Party informs the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from making the appointments, the Vice-President shall make them. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from making the appointments, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make them.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the costs of the Chairman and other costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make different arrangements concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

*Article 11*

(1) Disputes regarding investments between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitration proceedings if the national or company of the other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the dispute shall be submitted to arbitration proceedings within the framework of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The arbitration award shall be binding and shall not be subject to appeal or other legal remedies. It shall be enforced in accordance with national law.

(4) A Contracting Party which is party to the dispute shall not at any stage of the arbitration proceedings or enforcement of an arbitration award raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation from an insurance policy for part or all of the damage.

*Article 12*

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

*Article 13*

A protocol and an exchange of notes accompany this Treaty, of which they are integral parts.

*Article 14*

(1) This Treaty requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Alma Ata as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for 10 years; thereafter its validity shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either of the Contracting Parties twelve months before its expiration. After the expiry of the ten-year period the Treaty may be denounced at any time with 12 months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of 20 years as from the date of termination of this Treaty.



Done at Bonn on 22 September 1992 in duplicate, in the German, Kazakh and Russian languages, all texts being equally authentic. In the event of a different interpretation of the German and Kazakh texts, the Russian text shall take precedence.

For the Federal Republic

of Germany:

DR. DIETER KASTRUP

DR. DIETER VON WÜRZEN

For the Republic

of Kazakhstan:

OLEG SOSKOWEZ

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kazakhstan, the undersigned plenipotentiaries have further agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the Treaty:

*(1) Ad Article 1*

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom also, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other procedure to determine nationality, every person who possesses a national passport issued by the relevant authorities of the Contracting Party in question shall be deemed a national of that Contracting Party.

*(2) Ad Article 2*

(a) Investments made by nationals or companies of a Contracting Party in accordance with the legislation of the other Contracting Party and within the field of application of its legal system, shall enjoy the full protection of the Treaty.

(b) The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in those territories.

*(3) Ad Article 3*

(a) The Republic of Kazakhstan reserves the right to make or maintain limited exceptions to national treatment in the following areas:

Ownership of land, mineral resources, water resources, fauna and flora and other natural resources;

Acquisition of immovable property (during the transition to a market economy);

Ownership of television and radio stations;

Air transport;

Stock-exchange transactions in government securities of the Republic of Kazakhstan.

(b) The following in particular, but not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, employment, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, energy, fuels or productive or operational equipment of all kinds, or impeding the sale of products on the domestic or foreign market and other measures having similar effects. Measures which must be taken on grounds of public security and order, public health or morals shall not be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(c) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies domiciled in the territory of the other Contracting Party tax privileges, exemptions or reductions which, according to its tax laws, are granted solely to natural persons and companies domiciled in its territory.

(d) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment and to remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall likewise be given sympathetic consideration.

*(4) Ad Article 4*

Entitlement to compensation shall also exist if, because of measures taken by one of the Contracting Parties, the rights of the enterprise in which the investment has been made are encroached upon and its economic value is thereby considerably reduced.

*(5) Ad Article 5*

Free transfer within the meaning of article 5 comprises:

(a) Exchange of amounts received in the national currency in accordance with article 5 into a convertible currency and the subsequent export of these amounts in a convertible currency. (b) Export of sums of money earned in foreign currency.

*(6) Ad Article 7*

A transfer shall be deemed to have been "promptly" carried out within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within the period of time normally required for compliance with transfer formalities. The period shall commence with the submission of the relevant application and may under no circumstances exceed two months.

(7) Whenever goods or persons are to be transported in connection with an investment, a Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and, if necessary, shall issue permits as required to carry out the transport. This shall include the transportation of:

(a) Goods which are directly intended for the investment within the meaning of the Treaty, or which are purchased in the territory of a Contracting Party or third State by an enterprise or by order of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty have been invested;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

(8) The Agreement of 13 June 1989 concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics, shall cease to apply in relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kazakhstan on the day on which the Treaty concerning the

Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kazakhstan, enters into force.

DONE at Bonn on 22 September 1992 in duplicate, in the German, Kazakh and Russian languages, all texts being equally authentic. In the event of a different interpretation of the German and Kazakh texts, the Russian text shall take precedence.

For the Federal Republic

of Germany:

DR. DIETER KASTRUP  
DR. DIETER VON WÜRZEN

For the Republic

of Kazakhstan:

OLEG SOSKOWEZ  
Exchange of Notes

I

FIRST DEPUTY PRIME MINISTER OF THE REPUBLIC OF KAZAKHSTAN

Bonn, 22 September 1992

Sir,

On the occasion of the signature of the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Republic of Kazakhstan and the Federal Republic of Germany, I have the honour to inform you of the following:

Under section 29 of the Act of the Republic of Kazakhstan on the Imposition of Tax on Business Undertakings, Associations and Organizations, returns received by foreign investors when the profits of joint ventures are distributed are subject, on transfer abroad, to a tax of 15 per cent, save where otherwise provided in an international treaty of the Republic of Kazakhstan.

The Government of the Republic of Kazakhstan confirms its intention to raise the subject of this tax during negotiations regarding the conclusion of a second treaty between the Republic of Kazakhstan and the Federal Republic of Germany on the avoidance of double taxation.

Accept, Sir, etc.

His Excellency

Dr. Klaus Kinkel

Federal Minister for Foreign Affairs

II

THE SECRETARY OF STATE IN THE MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS

422-413.35 KAS

Bonn, 22 September 1992

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your note dated 22 September 1992 and reading as follows:

*[See note I]*

Accept, Sir, etc.,  
His Excellency  
Mr. Oleg Soskovez  
First Deputy Prime Minister  
of the Republic of Kazakhstan

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA  
RÉPUBLIQUE DU KAZAKHSTAN RELATIF À LA PROMOTION ET A  
LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République du Kazakhstan,  
Souhaitant approfondir la coopération économique entre les deux États,  
Désireuses de créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants ou  
des sociétés de chaque État sur le territoire de l'autre,  
Reconnaissant que la promotion et la protection concertée de ces investissements peu-  
vent stimuler l'initiative économique privée et accroître le bien-être des deux peuples,  
Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme "investissement" désigne toutes les formes d'avoirs, notamment : a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques et gages;

b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, tels que, notamment, les droits d'auteur, les brevets, les modèles déposés, les échantillons et modèles industriels, les marques, les noms commerciaux, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions, y compris les concessions relatives à la prospection et à l'extraction des ressources naturelles;

les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité d'investissement au sens du présent Traité.

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, telles que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevances, ou autres rémunérations du capital.

3. Le terme "ressortissants" désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

b) En ce qui concerne la République du Kazakhstan : les personnes physiques possédant, conformément à la législation, la nationalité de la République du Kazakhstan;

4. Le terme "sociétés" désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations ayant ou non la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, qu'elles exercent ou non une activité lucrative;

b) En ce qui concerne la République du Kazakhstan : les personnes juridiques, les sociétés, les firmes, les sociétés et les autres organisations qui ont leur siège sur le territoire de la République du Kazakhstan.

#### *Article 2*

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure de ses possibilités les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admet ces investissements conformément à sa législation. Elle leur assure dans tous les cas un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la mise à profit des investissements par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, d'une manière quelconque, au moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

#### *Article 3*

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou dépendant de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants et des sociétés d'États tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux activités des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie se rapportant à leurs investissements un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants ou sociétés d'États tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange ou en raison de leur association avec de tels groupements.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux ressortissants ou aux sociétés d'États tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

#### *Article 4*

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.



2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle aura été annoncée publiquement la nationalisation ou la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou les sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants et sociétés en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

4. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cadre du présent article, les ressortissants ou les sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

#### *Article 5*

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;
- e) Les indemnisations visées à l'article 4.

#### *Article 6*

Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses ressortissants ou l'une de ses sociétés, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une

loi ou en vertu d'une transaction légale. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans lesdits droits et créances (créances cédées), que la première Partie est en droit d'exercer dans la même mesure que le ferait le prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 sont applicables, mutatis mutandis, au transfert des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

#### *Article 7*

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 seront effectués sans retard au cours en vigueur le jour du transfert.

2. Ce cours devra correspondre au taux croisé découlant des taux sur lesquels le Fonds monétaire international se baserait pour calculer les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux à la date du paiement.

#### *Article 8*

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaudra sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

#### *Article 9*

Le présent Traité s'applique également aux affaires en matière d'investissements conclues par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément aux dispositions législatives de cette dernière avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

#### *Article 10*

1. Les différends qui pourraient surgir entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc; chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que président un ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux

Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre de grade immédiatement inférieur de la Cour internationale de Justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire.

Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont membres de la Convention du 18 mars 1965<sup>1</sup> pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé aux paragraphes 2 à 5 ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

#### *Article 11*

1. Les différends qui pourraient surgir entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des investissements devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les Parties en litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. A moins que les Parties au différend n'en conviennent autrement, celui-ci sera soumis à une procédure d'arbitrage conformément à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États.

---

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

3. La sentence arbitrale est contraignante et n'est soumise à aucun autre recours ou autre moyen de droit que ceux qui sont prévus dans la Convention susnommée. La sentence arbitrale est exécutée selon les dispositions de la législation interne.

4. La Partie contractante partie au litige ne fera pas valoir au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante à obtenu au titre de l'assurance une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

*Article 12*

Le présent Traité est applicable indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

*Article 13*

Le présent Traité est accompagné d'un protocole et d'un échange de notes qui en font partie intégrante.

*Article 14*

1. Le présent Traité est soumis à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu à Alma Ata dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de douze mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment avec préavis de 12 mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 12 du présent Traité continueront de s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de l'expiration du présent Traité pendant 20 ans encore après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

Fait à Bonn le 22 septembre 1992, en deux exemplaires originaux en langues allemande, kazakh et russe, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes allemand et kazakh, c'est le texte russe qui prévaut.

Pour la République

fédérale d'Allemagne :

DIETER KASTRUP

DIETER VON WÜRZEN

Pour la République

du Kazakhstan :

OLEG SOSKOWEZ

## PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Kazakhstan relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont également convenus des dispositions suivantes, qui font partie intégrante du Traité :

### *1. Au sujet de l'article premier*

a) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement lui-même.

b) Sans préjudice des autres procédures relatives à l'établissement de la nationalité, est notamment considérée comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne possédant un passeport national délivré par une autorité compétente de la Partie contractante en question.

### *2. Au sujet de l'article 2*

a) Les investissements effectués conformément à la législation d'une Partie contractante dans son domaine de juridiction par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante jouissent de la protection complète du présent Traité.

b) La validité du présent Traité s'étend à la zone économique exclusive et au plateau continental sur lesquels la Partie contractante respective exerce des droits souverains et la compétence territoriale conformément au droit international.

### *3. Au sujet de l'article 3*

a) La République du Kazakhstan se réserve le droit d'établir ou de maintenir, s'agissant de l'octroi du traitement national, des exceptions de caractère limité dans les domaines suivants : Possession des terres, du sous-sol, des ressources en eau, de la flore, de la faune et d'autres ressources naturelles;

Acquisition de biens immeubles (pendant la période de transition vers l'économie de marché);

Possession de stations de télédiffusion et de radiodiffusion;

Transport aérien;

Opérations boursières avec des titres d'État de la République du Kazakhstan.

b) Par "activités" au sens du paragraphe 2 de l'article 3, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par "traitement moins favorable" au sens de l'article 3, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et des matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et toute mesure ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou

de moralité ne sont pas considérées comme traitement "moins favorable" au sens de l'article 3.

c) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose uniquement à l'égard des personnes physiques et des sociétés domiciliées sur son territoire.

d) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

#### *4. Au sujet de l'article 4*

L'investisseur a droit à indemnisation également lorsqu'une des Parties contractantes intervient dans l'entreprise à laquelle il participe et lorsque cette intervention cause un préjudice économique notable à son investissement.

#### *5. Au sujet de l'article 5*

*On entend par libre transfert au sens de l'article 5 :*

a) La conversion en monnaie librement convertible des sommes perçues en monnaie nationale conformément à l'article 5 et l'exportation ultérieure de ces sommes en monnaie librement convertible;

b) L'exportation des sommes perçues en monnaie librement convertible.

#### *6. Au sujet de l'article 7*

On considère que le transfert est effectué "sans retard" au sens du paragraphe 1 de l'article 7 lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, commencera à courir au moment de la remise de la demande correspondante.

7. Pour ce qui est du transport de marchandises et de personnes, dans le cadre de la réalisation d'investissements, les Parties contractantes n'interdisent pas et n'entravent pas les activités des sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accordent les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports. Ceci concerne le transport :

a) Des marchandises qui sont destinées directement à un investissement au sens du présent Traité ou qui sont achetées sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers par ou sur ordre d'une entreprise où sont investis des avoirs au sens du présent Traité;

b) Des personnes voyageant à l'occasion d'un investissement.

8. Le Traité conclu le 13 juin 1989 entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements cessera ses effets dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Kazakhstan le jour de l'entrée en vigueur du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Kazakhstan relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements.

Fait à Bonn le 22 septembre 1992, en deux exemplaires en langues allemande, kazakh et russe, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes allemand et kazakh, c'est le texte russe qui prévaut.

Pour la République

fédérale d'Allemagne :

DIETER KASTRUP

DIETER VON WÜRZEN

Pour la République

du Kazakhstan :

OLEG SOSKOWEZ

Échange de notes

I

LE PREMIER VICE-PREMIER MINISTRE DE LA RÉPUBLIQUE DU KAZAKHSTAN

Bonn, le 22 septembre 1992

Monsieur le Ministre,

Comme suite à la signature du Traité entre la République du Kazakhstan et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, j'ai l'honneur de vous faire part de ce qui suit :

Conformément à l'article 29 de la loi de la République du Kazakhstan sur l'imposition des entreprises, des associations et des organisations, les revenus des investisseurs étrangers découlant de la distribution des bénéfices d'entreprises conjointes sont soumis, à l'exportation, à un impôt de 15 %, à moins qu'un traité international conclu par la République du Kazakhstan n'en dispose autrement.

Le Gouvernement de la République du Kazakhstan réaffirme son intention de revoir cet impôt dans le cadre de pourparlers sur la conclusion d'un accord bilatéral entre la République du Kazakhstan et la République fédérale d'Allemagne visant à éviter la double imposition.

Veillez agréer, etc.

Son Excellence  
M. Klaus Kinkel  
Ministre des affaires étrangères  
de la République fédérale d'Allemagne



II  
LE SECRETAIRE D'ÉTAT AUX AFFAIRES ÉTRANGÈRES

422-413.35 KAS

Bonn, le 22 septembre 1992

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, dont le texte est le suivant :

*[Voir note I]*

Veillez agréer, etc.

Son Excellence  
M. Oleg Soskovez  
Premier Vice-Premier Ministre  
de la République du Kazakhstan

